

also jene Klassen, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Angestellte, Wissenschafter, Handwerker, Lehrer, Journalisten sind ihre treuen Bundesgenossen. Nur Vertreter des Großkapitals wird man vergeblich suchen, da es bei uns die Großbourgeoisie als Klasse nicht mehr gibt.

Machteroberung gibt die Gewißheit

Die soziale Zusammensetzung der Volkskammer ist Folge der politischen Machteroberung durch die Arbeiterklasse und der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Und eben darin, daß die neue sozialistische Verfassung die Macht des werktätigen Volkes garantiert, daß sie von der Beseitigung der Ausbeutung und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausgeht und erklärt, Macht und Recht, die Grundinteressen aller Klassen und Schichten unserer Gesellschaft stimmen überein, eben darin liegt die Gewißheit, daß sie die demokratischste Verfassung sein wird, die es jemals in Deutschland gab.

W. I. Lenin hat vor nunmehr schon 50 Jahren in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ den Nachweis geführt, daß „eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie“ tatsächlich nur dort möglich ist, wo die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wurde. Das trifft vollinhaltlich auf unseren Staat zu.

„Argumentiert man als Marxist“, schreibt Lenin an anderer Stelle, „so muß man sagen: Die Ausbeuter verwandeln den Staat (die Rede ist hier von der

Demokratie, das heißt von einer der Staatsformen) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein. Der Staat der Ausgebeuteten muß sich von einem solchen Staat von Grund aus unterscheiden, er muß eine Demokratie für die Ausgebeuteten ... sein ...“ Und weiter: „Der Ausbeuter kann nicht dem Ausgebeuteten gleich sein.“ Und schließlich: „Eine wirkliche, tatsächliche Gleichheit kann es nicht geben, solange nicht jede Möglichkeit der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere völlig beseitigt ist.“

1,6 Prozent diktieren in Westdeutschland

Das ist klar und einleuchtend und bedeutet nichts anderes, als daß Demokratie eine Klassenfrage ist. Wer die politische und ökonomische Macht ausübt, der entscheidet über die gesamte gesellschaftliche Entwicklung.

Wer hat in der Bundesrepublik die Macht? In der Bundesrepublik befindet sie sich in den Händen von sage und schreibe ganzen 1,6 Prozent der Bevölkerung. Diese 1,6 Prozent, das sind die Herren der Finanzoligarchie, das sind Monopolisten und Großunternehmer, das sind Manager und Agenten im Herrschaftsapparat der Finanzoligarchie und die bourgeoise Schicht der Angestellten und Beamten. Sie sind es auch, die einschließlich der Großgrundbesitzer, mit 87 Prozent die Mehrheit im Bundestag ausmachen.

Es ist nahezu müßig zu fragen,

wessen Interessen sie vertreten und wessen Politik sie machen. Sie vertreten ihre eigenen Klasseninteressen und machen die Politik der herrschenden Klasse, eine Politik, die die Regierung Kiesinger/Strauß heute in die USA-Globalstrategie eingefügt hat. Diese Politik entspricht niemals den Interessen der Millionen Werktätigen Westdeutschlands. Die entlassenen Kumpels aus den stillgelegten Schächten des Ruhrgebiets, die gekündigten Bauarbeiter aus den westdeutschen Städten, die um ihren Arbeitsplatz bangenden 1800 Arbeiter der Krupp-Kraftwagenfabrik in Düsseldorf, wie überhaupt die rund 700 000 Arbeitslosen Westdeutschlands können das erst recht bestätigen.

Die Geschichte lehrt, und alle Erfahrungen der Arbeiterklasse beweisen es, daß in einem System, in dem nicht die arbeitenden Menschen, sondern die Konzerngewaltigen und Bankherren über den entscheidenden Einfluß in Staat und Wirtschaft verfügen, alle Entscheidungen allein von einem Gesichtspunkt getroffen werden: Wie wird die Macht der Ausbeuterklasse gestärkt, um noch mehr Profit aus den Werktätigen herauszupressen. Daran ändert auch nichts die Formulierung im Grundgesetz, der westdeutschen Verfassung, wonach in der Bundesrepublik alle Gewalt vom Volke auszugehen habe. Tatsache bleibt: „Die Ausbeuter verwandeln den Staat ... unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse ...“ (W. I. Lenin.)

Man nehme die bürgerlichen Verfassungen

Wie aktuell, wie zeitnah sind in diesem Zusammenhang die Worte, die W. I. Lenin zu den bürgerlichen Verfassungen sagt: „Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten,